

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Länder

Die Ablehnung des Marshall-Planes¹⁾ durch Rußland und die unter russischem Einfluß stehenden Staaten Ost- und Südosteuropas hat die Spaltung Europas in einen westlichen von den USA beeinflussten und in einen östlichen von Rußland beeinflussten Teil auch wirtschaftlich weiter vertieft. Die Hoffnungen, die Wiederaufbauprobleme des vom Kriege schwer getroffenen Kontinents durch enge Zusammenarbeit sämtlicher europäischer Staaten zu lösen, sind damit weiter denn je von ihrer Verwirklichung entfernt. Die wirtschaftliche Abschließung des Ostens vom Westen ist zwar keineswegs vollkommen oder endgültig. Der ungarisch-englische und der russisch-englische Handelsvertrag sowie der Verzicht Rußlands auf umfangreiche polnische Kohlenlieferungen zeigen sogar deutlich, daß auf beiden Seiten ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Wirtschaftsbeziehungen vorhanden ist. Auch besteht noch immer die Möglichkeit, daß nach Bereinigung der bestehenden politischen Gegensätze die osteuropäischen Staaten am Marshall-Plan teilnehmen werden. Sollte jedoch — wie es auf Grund der gegenwärtigen Lage anzunehmen ist — der Marshall-Plan auf Westeuropa beschränkt bleiben und würden sich die im folgenden näher ausgeführten wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen Rußlands voll auswirken, so ist eine zunehmende wirtschaftliche Entflechtung zwischen Osten und Westen zu befürchten, die schließlich für alle europäischen Staaten von Nachteil wäre.

Systematischer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Oststaaten

Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten bahnte sich bereits unmittelbar nach Kriegsende mit dem Anwachsen des politischen Einflusses Rußlands in Osteuropa an. Die Ablehnung des Marshall-Planes nötigt Rußland, die bereits bestehende wirtschaftliche Verflechtung der seiner Einflußsphäre unterliegenden Staaten straffer zu organisieren und weiter zu vertiefen. Seit Mitte 1947 ist nun tatsächlich eine verstärkte handelspolitische Tätigkeit zwischen Rußland und den Oststaaten und zwischen den Oststaaten untereinander zu beobachten, die vielfach als eine Reaktion auf den Marshall-Plan angesehen wird und die zu der

Vermutung Anlaß gab, daß hinter der wirtschaftspolitischen Aktivität der Oststaaten ein übergeordneter Plan stehe. Vielfach wird von einem Molotow-Plan im Gegensatz zum Marshall-Plan gesprochen. Es gibt zwar keine offizielle Bestätigung, daß ein derartiger Plan existiert. Die Systematik und die Art der handelspolitischen Abschlüsse weisen jedoch zumindest auf eine einheitliche wirtschaftspolitische Konzeption hin, die schrittweise verwirklicht wird.

Der systematische Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Oststaaten wird mit verschiedenen Mitteln angestrebt.

Hilfslieferungen Rußlands

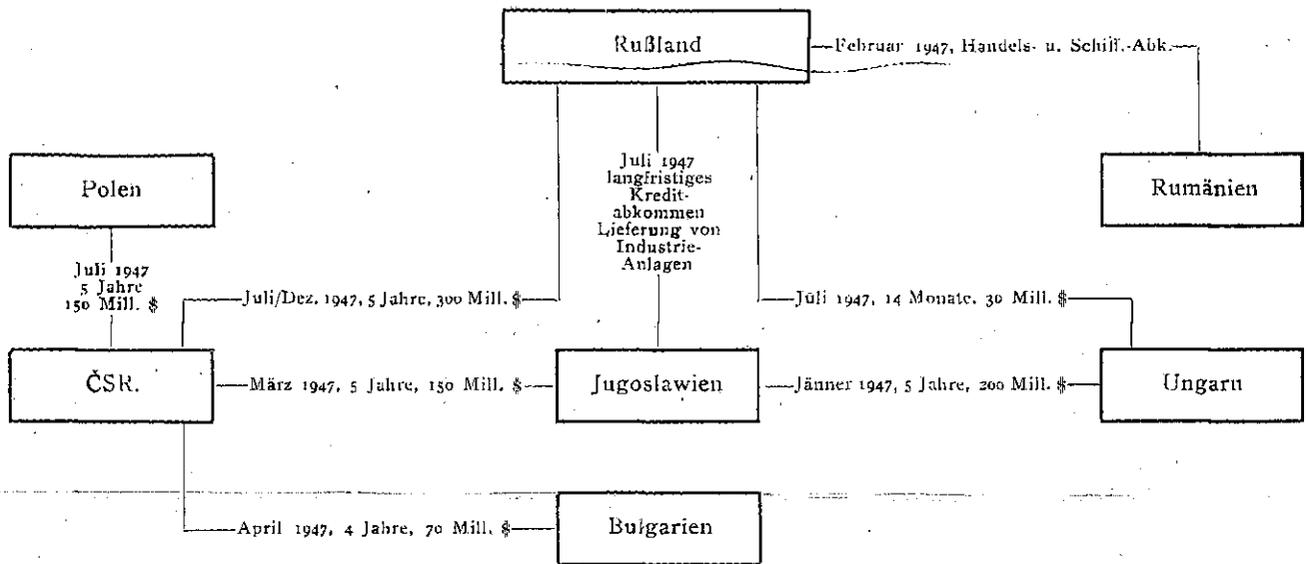
Die kurzfristigen *Hilfslieferungen* Rußlands, die unmittelbar nach Kriegsende einsetzten, versorgten die Oststaaten zunächst mit Rohstoffen, hauptsächlich mit Baumwolle und Erzen, und ermöglichten in Bulgarien, Ungarn und Polen vielfach erst das Anlaufen der Produktion. Meistens handelte es sich jedoch nicht um langfristige Warenkredite oder um Geschenke, sondern um Lohnaufträge, die zwar den Beschäftigungsgrad erhöhten, aber nur im Ausmaß der Lohnquote unmittelbar der Versorgung der Lohnveredelnden Staaten zugute kamen. Im Wirtschaftsjahr 1947/48 sollen die Hilfslieferungen infolge der günstigen russischen Ernte auch auf Getreide und Futtermittel ausgedehnt werden. Die CSR wird 200.000 t Getreide (eine Erhöhung auf 400.000 t ist vorgesehen) sowie 150.000 t Futtermittel und Polen 300.000 t Getreide erhalten. Polen wurde außerdem im März 1947 ein Goldkredit von 7 Mill. Pfund gewährt. Über das Volumen der russischen Hilfslieferungen stehen keine Ziffern zur Verfügung. Sie waren jedenfalls bedeutend geringer als die Hilfslieferungen, die die Oststaaten ohne Gegenleistung von der UNRRA bzw. von den USA erhielten, vor allem weil Rußland selbst schwere Kriegsschäden erlitten hat und die Hilfe der UNRRA in Anspruch nehmen mußte.

Langfristige zwischenstaatliche Wirtschaftsabkommen

Weitaus wichtiger als diese kurzfristigen Maßnahmen ist die langfristige Zusammenarbeit der Oststaaten, die sich allmählich aus der gegenseitigen Abstimmung der nationalen Mehrjahrespläne der einzelnen Staaten entwickelt. Nahezu alle Staaten des Ostraumes haben Mehrjahrespläne aufgestellt, die sich auf 2 bis 5 Jahre erstrecken und die nicht

¹⁾ Siehe: „Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder im Rahmen des Marshall-Planes“ in Monatsbericht Nr. 11, Jg. 1947, S. 286 ff.

Langfristige Wirtschaftsverträge zwischen den Oststaaten nach dem Stand vom Dezember 1947



Die Wertbeträge (einseitiger Warenverkehr) beziehen sich vorwiegend nur auf fest untrissene Investitionslieferungen außerhalb des normalen Handelsverkehrs, der durch meist einjährige Handelsabkommen geregelt wird. Diese kurzfristigen Abkommen bestehen zwischen allen osteuropäischen Ländern. Kurz vor dem Abschluß stehen langfristige Wirtschaftsabkommen zwischen Rußland und Polen sowie Jugoslawien und Bulgarien.

nur die Beseitigung der Kriegsschäden zum Ziele haben, sondern darüber hinaus mit planwirtschaftlichen Methoden nach russischem Muster eine rasche Industrialisierung der überwiegend landwirtschaftlich orientierten Gebiete und damit eine Erhöhung des Volkseinkommens anstreben. Das Mittel zur Koordinierung der einzelnen nationalen Wirtschaftspläne bilden langfristige zwischenstaatliche Wirtschaftsabkommen, die Vereinbarungen über gemeinsame Produktionsprogramme, Verkehrsfragen, Kreditgewährungen, die Zusammenarbeit in Planungsfragen und den Austausch wissenschaftlicher Forschungen enthalten. Vertragstechnisch handelt es sich um rein bilaterale Übereinkommen, wobei die Zahlungen im Clearing-Verkehr mit Gold- oder Devisenleistungen als Spitzenausgleich abgerechnet werden. Langfristige Investitionskredite sind bei der Kapitalknappheit der einzelnen Länder nur in beschränktem Umfange vorgesehen, jedoch soll durch ein- oder zweijährige Vorausleistungen eines Handelspartners — vor allem Rußlands — der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden.

Im Laufe des Jahres 1947 wurden neun langfristige Wirtschaftsabkommen innerhalb der Oststaaten abgeschlossen. Außerdem stehen langfristige Abkommen zwischen Rußland und Polen sowie zwischen Jugoslawien und Bulgarien vor dem Ab-

Langfristige Wirtschaftsverträge zwischen den Oststaaten¹⁾ nach dem Stand vom Dezember 1947

Vertragspartner	Vertragsabschluß	Laufzeit in Jahren	Wert ²⁾ Mill. \$
Rußland—ČSR	Juli 1947	5	300
Rußland—Ungarn	Juli 1947	14 ³⁾	30
Rußland—Rumänien	Februar 1947
Rußland—Jugoslawien ⁴⁾	Juli 1947
ČSR—Bulgarien ⁵⁾	April 1947	4	70
ČSR—Polen	Juli 1947	5	150
ČSR—Jugoslawien	März 1947	5	150
Jugoslawien—Polen	Jänner 1947	5	215
Jugoslawien—Ungarn	Jänner 1947	5	200

¹⁾ Die langfristigen Wirtschaftsverträge beinhalten vorwiegend die Lieferung von Investitionsgütern außerhalb des normalen Handelsverkehrs.

²⁾ Die Wertbeträge beziehen sich auf den einseitigen Warenverkehr.

³⁾ Monate.

⁴⁾ Handels- und Schifffahrtsvertrag ohne Wertangabe.

⁵⁾ Langfristige Kreditabkommen zur Lieferung von kompletten Industrieanlagen.

schluß und über eine Reihe weiterer Verträge wird verhandelt.

Die größte handelspolitische Aktivität entfaltete bisher die ČSR. Außer mit Ungarn und Rumänien verbindet sie mit jedem Oststaat ein langfristiges Wirtschaftsabkommen über 4 bis 5 Jahre, mit einem vorgesehenen Warenaustausch von 670 Mill. Dollar,

Eine weitgehende *Koordinierung der Industriezweige* ist vor allem im tschechisch-polnischen Abkommen vorgesehen. Durch die Abstimmung der nationalen Produktionsprogramme und gemeinsame Ausfuhrlenkung soll eine Massenerzeugung ermöglicht und die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet werden. In die zwischenstaatliche Planung wurden in erster Linie die Schwer- und die chemische Industrie, die Erzeugung von Textilien-, Papier- und Gießereimaschinen sowie der Fahrzeugbau einbezogen. Auch im ungarisch-jugoslawischen sowie in dem in Verhandlung stehenden jugoslawisch-bulgarischen Abkommen sind ähnliche, wenn auch nicht so weitgehende Koordinierungspläne enthalten.

Die den langfristigen Verträgen beigegebenen *Verkehrsabkommen* sehen gegenseitige Tarifbegünstigungen vor. So wird im tschechisch-bulgarischen Transportabkommen ein Transportverkehr auf eigenen Verkehrsmitteln zugesichert, Jugoslawien räumt Ungarn Zoll- und Gebührenfreiheit in Fiume ein und sieht für den Verkehr mit Bulgarien Sondertarife vor.

Die Wirtschaftsverträge enthalten ferner Vereinbarungen über *Warenkredite*, wie z. B. die Investitionskredite der ČSR an Bulgarien und von Polen und Rußland an Jugoslawien. Jugoslawien gewährte seinerseits wieder Rohstoffkredite an Ungarn. In allen diesen Fällen handelt es sich jedoch nicht um langfristige Kredite, die später aus den Erträgen der Kapitalsanlagen zurückgezahlt werden können, sondern nur um Vorausleistungen eines Vertragspartners von ein- oder mehrjähriger Dauer, denen eine warenmäßig festgelegte Gegenleistung bereits im vorhinein gegenübersteht.

Kurzfristige Handelsverträge

Außer den langfristigen Wirtschaftsabkommen bestehen zwischen fast allen Staaten *kurzfristige* (meist einjährige) *Handelsverträge*, die den laufenden Warenverkehr zwischen den einzelnen Staaten regeln. Die Austauschsummen der kurzfristigen Handelsabkommen sind meist höher als die Jahresquoten der langfristigen Verträge. So enthält z. B. das russisch-polnische Handelsabkommen einen Warenaustausch von 90 Mill. Dollar und das russisch-bulgarische Abkommen einen solchen von 87 Mill. Dollar.

Gründung gemeinsamer Gesellschaften

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Oststaaten wird ferner durch *gemeinsame Gesellschaften* gefördert, an denen neben dem Ursprungsland auch

das an den Erzeugnissen dieses Betriebes interessierte Land kapitalmäßig beteiligt ist. Derartige *gemeinsame Gesellschaften* sind zunächst in den ehemaligen Feindstaaten Ungarn und Rumänien durch Rußlands Übernahme des deutschen Eigentums entstanden. Darüber hinaus wurden aber bereits jugoslawisch-ungarische und jugoslawisch-bulgarische Gesellschaften für Neugründungen errichtet.

Zoll- und Währungsunionen

Die weitestgehende wirtschaftliche Verflechtung selbständiger Staaten — eine *Zoll- und Währungsunion* — wurde bisher nur zwischen Albanien und Jugoslawien verwirklicht. Es bestehen jedoch eine Reihe weiterer Zollunionpläne, von denen die jugoslawisch-bulgarischen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem vorgesehenen langfristigen Wirtschaftsabkommen bereits am weitesten fortgeschritten sind.

Die rege handelspolitische Tätigkeit des Jahres 1947 wird erst in Zukunft in den Handelsbilanzen der einzelnen Länder ihren sichtbaren Niederschlag finden. Aus den bisher veröffentlichten Außenhandlungsergebnissen seit Kriegsende geht die strukturelle Veränderung der Außenhandelsbeziehungen der Ostländer noch nicht hervor, da sie vorwiegend von den kriegsbedingten Übergangsschwierigkeiten beeinflusst wurden. So ist der starke Anteil vor allem Rußlands am Außenhandel der Oststaaten im Jahre 1946 in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die meisten Länder durch die weitgehende Desorganisation des Wirtschaftsapparates und durch die Kriegsschäden nur eine geringe Außenhandlungstätigkeit entfalten konnten, die sich zunächst auf die unmittelbaren Nachbarstaaten erstreckte.

Anteil Osteuropas am Außenhandlungsumsatz der einzelnen Länder (in %)

Länder	1934/37 ¹⁾		1946 ²⁾		1947	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Bulgarien	11.6	7.0	90.7	83.0	86.9 ³⁾	88.6 ³⁾
Jugoslawien	17.9	15.8
Rumänien	18.5	14.1
ČSR	11.1	11.8	27.5	21.9	15.3 ⁴⁾	17.3 ⁴⁾
Ungarn	22.5	11.0	71.3	57.7	36.6 ⁵⁾	42.8 ⁵⁾
Polen	.	.	73.5	67.2	.	.

¹⁾ Ohne Rußland und Polen (der russische Anteil betrug in keinem Lande mehr als 1.5%).

²⁾ Mit Rußland und Polen.

³⁾ 7 Monate 1947.

⁴⁾ 8 Monate 1947.

⁵⁾ 9 Monate.

Die Bedeutung der Verträge des Jahres 1947 für die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Oststaaten läßt sich daraus erkennen, daß allein die bisher abgeschlossenen langfristigen Verträge (ohne das russisch-bulgarische und das russisch-rumänische Abkommen, über die keine Wertangaben veröffentlicht wurden) einen jährlichen Warenaustausch innerhalb der Oststaaten von 491 Mill. Dollar¹⁾ bzw. ohne Rußland von 321 Mill. Dollar in beiden Richtungen vorsehen. Demgegenüber betrug der Anteil der Oststaaten an der Gesamtausfuhr dieser Länder im Jahre 1937 nur 255 Mill. Dollar bzw. 240 Mill. Dollar ohne Rußland. Wenn man außerdem die kurzfristigen einjährigen Handelsabkommen berücksichtigt, so muß in Zukunft nicht nur relativ, sondern auch absolut mit einer weitaus stärkeren Wirtschaftsverflechtung der Oststaaten als vor dem Krieg gerechnet werden.

Die Entwicklung eines einheitlichen osteuropäischen Wirtschaftsraumes

Die Intensivierung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Oststaaten durch die eben geschilderten Maßnahmen reicht jedoch nicht zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Vorgänge in Osteuropa aus. Berücksichtigt man die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie die politischen und sozialen Faktoren, so zeichnen sich deutlich die Konturen eines viel weitergehenden, in erster Linie von politischen und weltanschaulichen Gesichtspunkten bestimmten Konzepts ab, in dem die wirtschaftlichen Beweggründe nur eine untergeordnete Rolle spielen. In allen unter russischem Einfluß stehenden Staaten Osteuropas vollzieht sich seit Kriegsende die gleiche Entwicklung, die politisch durch den allmählichen Übergang zu einem Einparteien-Staat, sozial durch die Beseitigung der früheren gesellschaftlichen Oberschicht des Großgrundbesitzers und des Großunternehmers und wirtschaftlich durch Bodenreformen, weitgehende Verstaatlichung der Industrien und Übergang zur Planwirtschaft nach russischem Muster mit dem Ziel einer möglichst raschen Industrialisierung gekennzeichnet ist. Diese allmähliche Gleichschaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens der osteuropäischen Staaten nach dem russischen Modell führt immer mehr zur Bildung eines einheitlichen osteuropäischen Großwirtschaftsraumes unter russischer Führung, dem nach den gegenwärtigen politischen Kräfteverhält-

nissen neben Polen und der ČSR alle Länder Osteuropas, mit Ausnahme Griechenlands und der Türkei, angehören. Dieser Wirtschaftsraum würde ohne Rußland etwa 80 Mill. Menschen auf einer Fläche von 1,1 Mill. Quadratkilometer vereinigen. Das gemeinsame wirtschaftliche Ziel aller dieser Staaten ist die Hebung des außerordentlich niedrigen Lebensstandards der überwiegend in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung sowie der Ausgleich des starken Wirtschaftsgefälles und der bedeutenden Einkommensunterschiede zwischen dem Osten und dem Westen¹⁾. Die Lösung dieses Problems wird in einer forcierten Industrialisierung dieser „rückständigen Gebiete“ erblickt, die im Rahmen von Mehrjahresplänen von den einzelnen Ländern nach planwirtschaftlichen Methoden durchgeführt werden soll.

Die Mehrjahrespläne der Oststaaten¹⁾

Land	Planperiode	Volks-einkommen ²⁾ in Mill. \$ ³⁾	Geplante Investitionen		in % des Volks- ein- kom- mens	Geplante Produktionserhö- hung (1938 bis 1939 = 100)	
			ins- gesamt	pro Jahr		Indu- strie	Land- wirt- schaft
Bulgarien	1947/48	1.000	190	95	9	167	134
Ungarn	1947/50 ⁴⁾	1.900	559	186	10	126	100
Polen	1947/49	3.100	1.990	663	20	152	80
ČSR	1947/48	3.000	1.400	700	23	110	100
Jugosl.	1947/51 ⁵⁾	2.600	5.776	1.115	42	323	152
Summe		11.600	9.915	2.759	22	—	—

¹⁾ Nach: „Etudes et Conjoncture, Economie Mondiale“ (Presse Universitaires de France, Paris), Nr. 14/15, Juli-August 1947.

²⁾ Geplantes jährliches Volkseinkommen im Durchschnitt der Planperiode.

³⁾ Dollarwert 1947.

⁴⁾ 1. 8. 1947 bis 1. 8. 1950.

⁵⁾ 1. 5. 1947 bis 1. 5. 1951.

Diese Mehrjahrespläne sind zwar zunächst auf die nationalen Bedürfnisse der einzelnen Länder abgestellt, sollen aber, wie bereits erwähnt, im Rahmen der langfristigen Wirtschaftsabkommen so aufeinander abgestimmt werden, daß sie zu einem Instrument der Gesamtplanung, entsprechend den Bedürfnissen dieses größeren Wirtschaftsraumes werden. Soweit die Abstimmung der nationalen Programme bereits jetzt konkrete Formen angenommen hat, scheint sich eine Arbeitsteilung in der Weise herauszukristallisieren, daß die bereits am weitesten industrialisierten Staaten Polen und ČSR sich hauptsächlich auf die Schwerindustrie und auf

¹⁾ Das durchschnittliche Volkseinkommen pro Kopf dieses Gebietes betrug im Jahre 1938 rund 130 Dollar (Dollarwert 1947) gegenüber 800 in den USA, 750 in England und 630 in Deutschland.

¹⁾ Sämtliche Dollarbeträge beziehen sich auf Dollarwert 1947.

Industriegüter spezialisieren, die einen hohen Industrialisierungsgrad und langjährige produktions-technische Erfahrungen zur Voraussetzung haben. Demgegenüber dürften sich die bisher überwiegend landwirtschaftlich orientierten Staaten, wie Jugoslawien, Albanien und Bulgarien neben dem Ausbau der Schlüsselindustrien, die z. B. in Jugoslawien auf einer breiten heimischen Rohstoffbasis fußen, vor allem die Konsumgüterindustrien weiterentwickeln. Rußland soll sich bereit erklärt haben, die nicht zwischen den Partnern austauschbaren Warenüberschüsse soweit als möglich aufzunehmen und würde damit bis zu einem gewissen Grad die Funktion einer Warenausgleichsstelle erfüllen.

Zunächst ist diese Entwicklung noch im Anfangsstadium und der Weg zu einer derartigen wirtschaftlichen Großraumbildung mit einer abgestimmten Industriestruktur ist noch weit und dornig. Die Mehrjahrespläne ebenso wie die langfristigen Wirtschaftsabkommen sind nur Sollziffern, über deren Erfüllungsmöglichkeiten bisher außerhalb Rußlands jede Erfahrung fehlt. (Soweit bisher die Teilplanziffern erfüllt werden konnten, waren es vielfach ausländische Kredite, die ihre Verwirklichung ermöglichten. Gerade mit diesen ist aber in Zukunft nicht zu rechnen.) Abgesehen von der Realisierbarkeit dieser Pläne ist es aber noch keineswegs sicher, ob die zweifellos vorhandenen Ansätze zu einer derartigen Wirtschaftskooperation der Oststaaten konsequent weiter beschritten werden. Denn obwohl eine Reihe wirtschaftlicher Gründe für die Zusammenarbeit der Oststaaten sprechen, so bestehen doch zweifellos zwischen den einzelnen Staaten erhebliche wirtschaftliche Interessengegensätze, so daß es einer starken politischen Führungsmacht bedarf, um die wirtschaftlichen Bestrebungen der einzelnen Länder den Gesamtinteressen des größeren Wirtschaftsraumes unterzuordnen. Allerdings bestätigen die jüngsten politischen Ereignisse, vor allem der Abschluß von zweiseitigen Kultur- und Beistandspakten, daß Rußland gewillt ist, die politische und damit in weiterer Folge auch die wirtschaftliche Führungsmacht in Osteuropa zu übernehmen und den bisher eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Die wirtschaftliche Problematik

Die Bildung eines osteuropäischen Wirtschaftsblocks wirft unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Reihe komplizierter wirtschaftlicher Probleme auf, die im Rahmen dieses Aufsatzes nur kurz gestreift werden können.

Hebung des Lebensstandards durch Industrialisierung¹⁾

Es herrscht heute ziemlich weitgehende Übereinstimmung, daß durch eine planmäßige Industrialisierung rückständiger landwirtschaftlicher Gebiete²⁾ mit niedrigem Volkseinkommen nicht nur das Einkommen dieser Gebiete gehoben werden kann, sondern daß dieser Industrialisierungsprozeß auch für die hochentwickelten Industrieländer nach Überwindung gewisser Anpassungsschwierigkeiten von Vorteil ist. Die Theorie der komparativen Kosten, nach der das optimale Volkseinkommen in Agrarländern dann erreicht wird, wenn sie sich auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte spezialisieren und die notwendigen Industrieprodukte im Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte von hochindustrialisierten Ländern erwerben, ist für rückständige Agrarländer nur beschränkt anwendbar, da sie von rein statischen Gesichtspunkten ausgeht und die Probleme einer dynamischen Entwicklung übersieht. Voraussetzung für eine rationelle Industrialisierung ist allerdings eine bestimmte Mindestgröße des zu industrialisierenden Gebietes, da nur bei entsprechendem Gebietsumfang eine Massenproduktion und die Errichtung von technisch optimalen Betriebsgrößen möglich ist. Weiter ist zu berücksichtigen, daß sich die Industrialisierung eines rückständigen Gebietes wesentlich von der Industrialisierungswelle des 19. Jahrhunderts unterscheidet und ein Mindestmaß an Planung erfordert. Das freie Spiel der Kräfte vermag weder die Finanzierung noch die sonstigen Probleme der Industrialisierung befriedigend zu lösen, vor allem weil hier vielfach die private Rentabilität einzelner Betriebe keinen Maßstab für die volkswirtschaftliche Produktivität abgibt. So kann der Bau einer Eisenbahn oder die fachliche Schulung von Arbeitskräften für den einzelnen Betrieb durchaus unrentabel, für die gesamte Volkswirtschaft aber dennoch nützlich sein, da dadurch im ersten Fall andere Betriebe rentabel werden und im zweiten Fall ein geschulter Arbeiterstock herangebildet wird, der die Voraussetzung für die Entstehung anderer Betriebe ist. Die Planung einer umfassenden Industrialisierung hat außerdem gegenüber einem allmählichen Industrialisierungsprozeß, der sich

¹⁾ Über die Probleme der Industrialisierung Südosteuropas siehe insbesondere: *Rosenstein-Rodan*, Problems of Industrialization of Eastern and Southeastern Europe, "The Economic Journal", London, 1943, Nr. 210/11, S. 202.

²⁾ Auf den statistischen Zusammenhang zwischen Volkseinkommen pro Kopf und Beschäftigung in der Landwirtschaft weist insbesondere *Colin Clark* hin. Siehe *Colin Clark*, Conditions of Economic Progress, London, 1939, S. 41 und S. 179.

unter reinen Rentabilitätsgesichtspunkten vollzieht und sich in erster Linie an dem bereits bestehenden Bedarf orientiert, den Vorteil, daß gleichzeitig eine organische vertikale und horizontale Industriestruktur aufgebaut werden kann, die bereits auf den erst durch die Industrialisierung entstehenden zusätzlichen Bedarf abgestimmt wird. Dadurch besteht die Wahrscheinlichkeit, daß das aus diesen Industrien fließende Einkommen zu einem großen Teil wieder zum Ankauf der neu produzierten Industriegüter verwendet wird, so daß das Absatzrisiko dieses ganzen Industriekomplexes geringer ist als das einzelner Fabriken.

Diese beiden Voraussetzungen — die Größe des Wirtschaftsgebietes sowie die Planung der Industrialisierung — sind bei den Industrialisierungsbestrebungen in Osteuropa zumindest formal gegeben, wenn auch die derzeitige Koordination der nationalen Wirtschaftspläne noch kaum den Erfordernissen einer durchdachten Planung entsprechen dürfte. Darüber hinaus wirft jedoch die Industrialisierung rückständiger Gebiete zwei weitere wichtige Probleme auf, die gerade für unentwickelte Volkswirtschaften nur schwer zu lösen sind: Das Problem der Finanzierung und der Erziehung eines leistungsfähigen Facharbeiterstandes.

Die Finanzierung des Investitionsbedarfes

Eine rasche Industrialisierung erfordert erhebliche finanzielle Mittel, die in der Regel von unentwickelten Ländern mit niedrigem Volkseinkommen nur schwer aufgebracht werden können. Die Mehrjahrespläne der osteuropäischen Staaten (mit Ausnahme Rumäniens, das keinen ausgearbeiteten Wirtschaftsplan besitzt) sehen eine jährliche Investitionssumme von 9,9 Mrd. Dollar, das sind durchschnittlich rund 22% des Volkseinkommens, vor. Die jährlichen Investitionsraten der einzelnen Staaten schwanken zwischen 9% (Bulgarien) und 42% (Jugoslawien)¹⁾ des Volkseinkommens. Demgegenüber betragen die Vollbeschäftigungssparquoten der Vereinigten Staaten, deren Einkommen pro Kopf rund fünfmal so hoch wie das der Oststaaten ist, nur 12% und die Englands nur 9%. Da außerdem die Sparneigung in diesen Staaten durch ihre gleich-

mäßigere Einkommensverteilung nach Durchführung der sozialen Reformen besonders niedrig ist, erscheint es ausgeschlossen, diese Investitionssummen aus der eigenen freiwilligen Spartätigkeit zu finanzieren. Das normale Hilfsmittel bei großer Kapitalknappheit, die Aufnahme von Auslandsanleihen, versagt aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Osteuropa, da nach Ablehnung des Marshall-Planes eine Kreditgewährung der westlichen kapitalistischen Staaten nicht zu erwarten ist und Rußland, das selbst schwere Kriegsschäden erlitten hat, keine ins Gewicht fallenden langfristigen Auslandskredite gewähren kann. Wie sich die Abschnürung von den kapitalexportierenden Ländern und vor allem von den USA auf die Erfüllung der Mehrjahrespläne auswirken wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Jedenfalls werden die Schwierigkeiten ungleich größer werden, vor allem für jene Staaten wie Polen und Ungarn, deren Finanzpläne ausdrücklich die Heranziehung ausländischer Kapitalien vorgesehen hatten. Da ausländisches Kapital nicht verfügbar ist und die freiwillige Spartätigkeit im Inland zur Deckung des Finanzbedarfes nicht ausreicht, muß entweder das Tempo der Industrialisierung verlangsamt und jährlich weniger investiert werden oder der Staat muß sich die erforderlichen Mittel durch Zwangssparen in Form hoher Steuern bzw. durch Inflation verschaffen. In beiden Fällen wird jedoch das erstrebte Ziel der Hebung des Lebensstandards weiter hinausgeschoben. Allerdings haben diese Länder, wenn ihnen die Eigenfinanzierung der Industrialisierung gelingt, später den Vorteil, daß sie nicht mit der Schuldenrückzahlung und dem damit verbundenen Transferproblem belastet sind.

Die Umschulung der Arbeitskräfte

Die Schwierigkeiten bei der Lösung des Arbeitskräfteproblems sind in den einzelnen Ländern Osteuropas verschieden. Während vor dem Krieg die rasche Bevölkerungszunahme in allen Oststaaten von der Wirtschaft nicht absorbiert werden konnte und trotz hoher Auswanderungsquoten in der Landwirtschaft ein dauernder großer Bevölkerungsüberschuß bestand, leiden jetzt als Folge der Kriegsergebnisse einzelne Staaten, wie Polen, die CSR und zum Teil auch Jugoslawien unter einem absoluten Arbeitermangel. Dagegen herrscht in den übrigen Oststaaten noch immer ein landwirtschaftlicher Bevölkerungsüberschuß. In diesen Staaten besteht das Arbeitskräfteproblem vor allem in einer möglichst raschen Schulung eines leistungsfähigen Facharbeiterstandes.

¹⁾ Die geplante Investitionsquote Jugoslawiens ist so außerordentlich hoch, daß sie wohl kaum erfüllbar sein dürfte. Sie übersteigt bei weitem die Investitionsquote Rußlands während des letzten Fünfjahresplanes der Vorkriegszeit (18%). Dazu kommt, daß auch das durchschnittliche Volkseinkommen während der Planperiode trotz der großen Kriegsschäden mit mehr als dem doppelten Friedenseinkommen unverhältnismäßig hoch angesetzt wurde.

Blockbildung oder Eingliederung in die Weltwirtschaft

Die Industrialisierung des Ostraumes erfolgt in erster Linie im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse dieses Wirtschaftsgebietes, wobei entsprechend dem Grundgedanken des Großwirtschaftsraumes — Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit — Autarkiebestrebungen eine bedeutende Rolle spielen oder zumindest bei der Planung der Investitionen auf einen späteren Einbau in die Weltwirtschaft keine Rücksicht genommen wird. Grundsätzlich ist die Abstimmung des Industrialisierungsprozesses auf einen beschränkten Wirtschaftsraum, auch wenn es sich um ein derartig großes Gebiet wie den Ostraum handelt, den gleichen Einwänden wie die Abstimmung der Industrialisierung auf die nationalen Bedürfnisse des einzelnen Staates ausgesetzt: Der Verzicht auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung schmälert das Volkseinkommen nicht nur der Oststaaten sondern der gesamten Weltwirtschaft. Allerdings läßt sich eine Autarkiepolitik im Rahmen dieses großen Wirtschaftsraumes mit der Begründung vertreten, daß die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit den möglichen Einkommensausfall aufwiegt. Außerdem verweisen die planwirtschaftlich organisierten Länder darauf, daß die chronische Unstabilität der kapitalistischen Wirtschaft den Wirtschaftsbeziehungen ein starkes Unsicherheitsmoment verleiht.

Die Austauschmöglichkeiten der Oststaaten untereinander

Die Frage Autarkie oder weltwirtschaftliche Verbundenheit ist allerdings für die Oststaaten in den nächsten Jahren nur von gradueller Bedeutung, da die Voraussetzungen für eine absolute Autarkie dieses Raumes noch lange nicht gegeben sind, wenn ihre ehrgeizigen Industrialisierungspläne verwirklicht werden sollen. Der Warenaustausch der Ostländer untereinander war vor dem Krieg sehr gering. Nur 12,6% der Gesamtausfuhr der Oststaaten und, wenn Rußland einbezogen wird, sogar nur 10,6% gingen im Jahre 1937 nach den osteuropäischen Ländern und 87,4% bzw. 89,4% nach dem Westen oder nach Übersee. Diese geringe Wirtschaftsverflechtung war zwar zum Teil eine Folge der Autarkiebestrebungen der einzelnen Staaten,

beruhte aber im wesentlichen doch darauf, daß die Austauschmöglichkeiten zwischen Agrarstaaten bzw. zwischen schwach industrialisierten Ländern an sich äußerst gering sind. Durch die Aufgabe der Autarkie Rußlands gegenüber den Oststaaten haben sich zwar gegenwärtig die Austauschmöglichkeiten stark verbessert. Der große Bedarf an Investitionsgütern der Oststaaten wird aber, zumindest zum Teil, doch nur aus dem Westen gedeckt werden können, wie umgekehrt die landwirtschaftlichen Überschüsse der Ostländer, die sich nach Überwindung der Kriegsschäden in der Landwirtschaft wieder einstellen werden, wieder nur im Westen einen Absatz finden werden. Der kürzlich abgeschlossene langfristige Handelsvertrag zwischen England und Rußland ist der beste Beweis dafür, daß Rußland selbst für seinen Wiederaufbau dringend Investitionsgüter benötigt und bereit ist, dafür als Gegenleistung Lebensmittel zu liefern. Mit der fortschreitenden Industrialisierung des Ostraumes werden sich allerdings auf der einen Seite die landwirtschaftlichen Überschüsse und auf der anderen Seite der unbedingt notwendige Bedarf an westlichen Industriegütern vermindern und es bestünde dann die Möglichkeit, Autarkiebestrebungen weitgehend zu verwirklichen. Dieser Zeitpunkt ist jedoch noch sehr weit entfernt. Selbst wenn die zukünftige Entwicklung der osteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit optimistisch beurteilt wird, dürfte das Außenhandelsvolumen der Oststaaten untereinander in den nächsten Jahren höchstens 50% des Gesamtaußenhandelsvolumens der Vorkriegszeit erreichen. Da aber gerade die Industrialisierung eines Landes regelmäßig einen progressiv mit dem Volkseinkommen wachsenden Außenhandel mit sich bringt, ist nach Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten wieder mit einem verstärkten Außenhandel zwischen dem Osten und dem Westen zu rechnen.

Dieser Umstand ist gerade für Österreich von besonderer Bedeutung, das infolge seiner geographischen Lage und seiner Wirtschaftsstruktur auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Südostraum angewiesen ist und durch eine wirtschaftliche Isolierung vom Osten einerseits die Exportmärkte für eine Reihe von Industrien und andererseits die wichtigsten Nahrungsmittelbezugsquellen verlieren würde.